

Fremde Federn: Klaus Segbers

## Stabilitätsanker Deutschland

Die etablierten Organisationen, die nach dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam mit der EU die neue liberale Weltordnung gebildet haben (wie die UN, die Weltbank, der Internationale Währungsfonds und die WTO), gelten zunehmend als impotent. Die G7-Raumemacht Vereinigte Staaten zieht sich zurück – wegen eines gesellschaftlichen Isolationismus, der dominant wurde, und wegen einer insolenten und nazistischsten Administration, die nicht kooperationsfähig ist. Praktikable Alternativen stehen aber nicht bereit. Die Begriffe, die die chinesische Führung besingt (wie Harmonie, Chinas Traum, Multilateralismus), verdrängen sich nicht zu einem praktikablen, ausstrahlungsfähigen Programm. Zudem zeichnet sich eine Abkoppelung Pekings von den bisher geltenden politischen (im Südchinesischen Meer) und wirtschaftlichen Regeln (bei Investitionen) ab. Hinzu kommt ein Orwellisches Sozialkreditsystem. Nicht zu reden brauchen wir über Russlands Rolle in der Welt. Es bleibt – oder bliebe – die EU.

Der Politologe Joseph Nye macht eine globale Ordnung (smacht) daran fest, ob

sie Folgendes gewährleisten kann: weiterhin akzeptierte Regeln in den Bereichen Wirtschaft und Sicherheit, die Bereitstellung globaler öffentlicher Güter (etwa die Freiheit der Navigation auf den Meeren) und (integrationsfähige) Werte. Man mag darüber streiten, ob derzeit Amerika oder China mit diesem Anforderungsprofil größere Probleme hat.

In den globalen Gesellschaften besteht kein Zusammenhalt, der sie zu einer „global community“ mit einer Struktur machen würde. Seit einiger Zeit zeichnet sich ein ähnliches Bild auch für und in der EU ab. Die global verursachten Brüche und Risse führen zu Fiktionen und Unsicherheiten, die auf den nationalen Ebenen nicht mehr aufgefangen werden können. Deswegen müsste die EU erfunden werden, gäbe es sie denn nicht bereits. Wir sollten mit ihr vorsichtig, beinahe zärtlich umgehen. Wenn sie jetzt scheitert, tragen die wachsenden Unsicherheiten, die sich über viele Gesellschaften wie Karzinome ausbreiten, zur weiteren Belfügelung brachialer populistischer Bewegungen bei.

Wäre nun die deutsche Regierung geschwächt – von taktischen Manövern,

der Verteilung beliebiger Sozialgeschenke und der Unsicherheit, die mit einem neuen karibischen Palaver verbunden wäre –, gäbe es weniger ein „da capo“ zum vergangenen Winter; die Folge wäre vielmehr eine massive Schwächung des bestehenden politischen Systems. Die im Kern verunsicherte EU wäre einer der stärksten Stützen beraubt, die sie hat. Bei aller gerechtfertigten Kritik an den bisherigen Bundesregierungen haben sie es meistens verstanden, deutsche und europäische Interessen zu harmonisieren. Wo nötig, zurückzusteuern, und wo sinnvoll, Beharren zu zeigen. Wäre Deutschland wegen einer weiteren Regierungskrise auf weitere Monate nicht handlungsfähig, wäre das eine schwere Belastung für die dringend benötigte Neudefinition der EU. Die französischen Initiativen, wie strittig sie im Detail auch immer sind, verliefen dann wohl endgültig im Sande. Ein unangeregt pragmatischer Gegenpol zu den italienischen Populisten wäre stillgestellt, ein wichtiges Korrektiv bei den schlecht laufenden „Brexit-Verhandlungen“ verstummt.

Die EU braucht Einfluss gegenüber den Vereinigten Staaten, vor allem in

Fragen der Handelspolitik und der Sicherheit. Ohne Deutschland geht da wenig Gutes. Die Digitalisierung und der bedachte Umgang mit Daten können nicht noch einmal aufgeschoben werden. Künstliche Intelligenz und Automatisierung bedürfen der politischen Mitsteuerung und Einhegung. Das gilt auch für die Umweltpolitik. Eine abermalige, vielleicht wieder monatelange Verunsicherung in und über Deutschland wäre ein Verhängnis.

In den Krisenfällen Russland und Iran hat Deutschland eine konstruktive, wenn auch nicht immer erfolgreiche Rolle gespielt, weit über sein formales Gewicht hinaus. Trotz mancher Fehlversuche im Detail ist Deutschland heute ein Stabilitätsanker für sich selbst, für Europa und weit darüber hinaus. Vielleicht passen die Schuhe nicht ganz, die die „New York Times“ dem Land verpasst hat: „The liberal West's last defender.“ Aber ohne ein handlungsfähiges Deutschland, das diese Rolle pragmatisch und moderat annimmt, werden die Dinge eine Nummer unordentlicher, als sie bereits sind.

Der Autor ist Direktor des Center for Global Politics an der Freien Universität Berlin.